

Der Weg ins Bündnis „Städte Sicherer Häfen“



SEEBRÜCKE
SCHAFFT SICHERE HÄFEN

Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff L'Espresso eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklären sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mithenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende zusätzlich aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem Königsteiner Schlüssel durch einen zu vereinbarenden zusätzlichen Schlüssel geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06.2019
Die Städte Sicherer Häfen

Als Bürgermeister der Stadt Dinslaken erkläre ich hiermit meine Zustimmung zur „Potsdamer Erklärung“ der „Städte Sicherer Häfen“

Dinslaken, den 26. November 2019

Dr. Michael Heidinger
Dr. Michael Heidinger

POTS DAM
Landeshauptstadt
Potsdam
Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Potsdam, Neuenhofen-Platz 01, 14489 Potsdam
Stadt Dinslaken
Bürgermeister Dr. Michael Heidinger
Postfach 10 05 40
46525 Dinslaken

Anschrift: Landeshauptstadt Potsdam
Bereich: Partizipation und
Toleranz Potsdam
Hauptstadtentwicklung
14489 Potsdam
Auftraggeber: Frau Dr. Löbel
Telefon: 030 305 3424
Telefax: 030 305 3420
E-Mail: oib@potsdam.de
Internet: www.potsdam.de
Date: 20. Januar 2020

Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Heidinger,

ich freue mich, die Stadt Dinslaken als 32. Mitglied im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ begrüßen zu dürfen.

Seit Sommer 2018 haben sich mehr als 125 Städte, Gemeinden und Landkreise mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung solidarisiert und sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Allen „Sicheren Häfen“ gemeinsam ist der Wille, einen Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe auf dem Mittelmeer zu beenden. Sichere Fluchtwege und ein menschenwürdiges Ankommen in unseren Kommunen, Gemeinden und Landkreisen sind Anliegen, welche das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und die Initiative „Seebrücke“ gemeinsam in die Tat umsetzen wollen.

Ich bin mir sicher, dass wir im Schutzschluss dieses bundesweiten Bündnisses konkrete positive Veränderungen bei der Aufnahme Asylsuchender erzielen werden.

Am 1. Oktober 2019 fand in Rotenburg am Neckar das 1. Arbeitstreffen der „Städte Sicherer Häfen“ statt, zu dem der Oberbürgermeister von Rotenburg, Herr Stephan Nieher, eingeladen hatte. Das dort vereinbarte 4-Punkte-Papier liegt oh meinem Schreiben bei.

Das 2. Arbeitstreffen findet am 26. März 2020 in Marburg statt. Die Einladung von Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies ist ebenfalls beigefügt.

Für weitere Fragen zum Bündnis steht Ihnen Frau Dr. Löbel sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Maja Schupfart
Maja Schupfart
Anlage:
4-Punkte-Papier
Einladung 2. Arbeitstreffen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

POTS DAM
Landeshauptstadt
Potsdam
Der Oberbürgermeister

Telefon: 030 305 3424
Telefax: 030 305 3420
E-Mail: oib@potsdam.de
Internet: www.potsdam.de

Landeshauptstadt Potsdam
Büro für
Mehrsprachigkeit
14489 Potsdam
Telefon: 030 305 3000
E-Mail: msp@potsdam.de
Internet: www.potsdam.de



vom 10.10.2019

durch Bürgermeister
Dr. Michael Heidinger

im Bündnis „Städte
Sicherer Häfen“

